

FDP Stadtratsfraktion für eine aktive Bekämpfung illegaler Graffiti an öffentlichen und privaten Gebäuden!

Die FDP Stadtratsfraktion fordert die Verwaltung dazu auf, stärker als bisher gegen illegale Graffiti aktiv zu werden und in einer gemeinsamen Initiative mit Polizei, Justiz, Wohnungsunternehmen, aber auch Wirtschaftsvertretern, Schulleitern und Jugendsozialarbeitern ein Projekt zur Beseitigung und Verhinderung von Farbschmierereien zu gründen.

Schnellstmöglich muss ein Konzept erarbeitet werden, mit dem man der Problematik begegnen kann. Denn eines ist klar: Will man dem Sprayer die Lust nehmen, sollten Graffiti so schnell entfernt werden, dass keiner sie sieht. Damit entzieht man dem Sprayer schlagartig die Mitteilungsplattform.

Als Vorbild sieht die FDP-Fraktion die Stadt Pforzheim, die mit ihrem Anti-Graffiti-Mobil ein bislang einzigartiges Modell zur Bekämpfung von Graffiti entwickelte.

Hausbesitzern, deren Eigentum durch Sprayer geschädigt wurde, wird geholfen, den Schaden schnell und vor allem kostenfrei zu beseitigen. Das Anti-Graffiti-Mobil ist ein Gemeinschaftsprojekt der Polizei Pforzheim, der Malerinnung Pforzheim, des Bürgervereins Nordstadt e. V. und des Bezirksamtes für soziale Rechtspflege.

Betroffene Hausbesitzer haben die Möglichkeit, von diesem Angebot Gebrauch zu machen. Entdeckt der Geschädigte also ein Graffiti an seiner Hauswand, ruft er zunächst die Polizei, die seine Anzeige aufnimmt und ihm einen Antrag auf kostenlose Graffiti-Entfernung aushändigt. Dieses Aufnahmeblatt schickt er zusammen mit einem Foto des „Kunstwerks“ an die mitwirkende Malerinnung Pforzheim, die dann den Schaden schnell, unbürokratisch und für den Betroffenen kostenlos beseitigt. Der zuständige Malerbetrieb kommt mit seinem Firmenwagen, der für diesen Einsatz als Anti-Graffiti-Mobil gekennzeichnet wird. Die Maler arbeiten unentgeltlich, führen damit also

eine ehrenamtliche Tätigkeit aus und erhalten nach erledigter Arbeit eine Spendenbescheinigung, die steuerlich absetzbar ist. Die Materialkosten können durch Spenden an den gemeinnützigen Bürgerverein und von den von Gerichten und Staatsanwaltschaften verhängten Bußgeldern bezahlt werden.

Das Pforzheimer Modell verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der sich auch mit den Folgen für den Täter beschäftigt. Für den ertappten Sprayer und den Geschädigten bietet die Methode folgende Vorteile: Die jugendlichen Sprayer selbst sollen Verantwortung für ihre Tat übernehmen können und später nicht vor einem Schuldenberg stehen müssen. Die zu leistenden Sozialstunden, die der erwischte Sprayer verordnet bekommt, muss er mit der Bereinigung eigener oder anderer „Gemälde“ verbringen. Er kann sich so bei dem Geschädigten, der von zivilrechtlichen Schritten absieht, entschuldigen und ihm mühevollen Arbeit

der Graffiti-Entfernung abnehmen. So bleibt die Forderung nach Schadensersatz aus und der Jugendliche steht nicht schon in jungen Jahren mit einem Schuldenberg da, der stetig wächst und ihm damit die Zukunft verbaut.

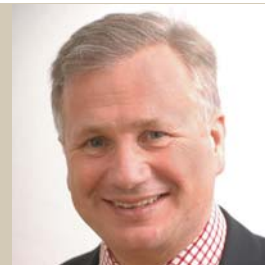
Das Opfer kann das Graffiti-Ärgernis schnell und fachmännisch entfernen lassen und es entstehen ihm dabei keinerlei Kosten.

Auch die an dem Projekt teilnehmenden Betriebe der Malerinnung gehen nicht ohne Gewinn aus: Das ehrenamtliche Engagement verhilft ihnen zu einem Imagegewinn und in vielen Fällen zu weiteren Folgeaufträgen. In Pforzheim sind insgesamt sechs Malerbetriebe an der Initiative beteiligt. Die FDP-Stadtratsfraktion möchte dieses Projekt gerne als Grundlage für weiteres Handeln nutzen und damit allen Hausbesitzern Mut machen, die Beschmierungen zur Anzeige zu bringen, statt zu resignieren und sich alles gefallen zu lassen.

REDAKTION

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Thema Stadtmittel am Fluss und vor allem das Nein zum (einschließlich der geplanten Autobahn-Entflechtung) 208 Millionen Euro teuren Tunnelprojekt stehen nach wie vor ganz oben auf dem politischen Zettel der FDP-Fraktion im Stadtrat. Der CDU-Kreisverband Saarbrücken Land, dessen Vorsitzender immerhin Klaus Meiser ist, zugleich auch Chef der CDU-Landtagsfraktion, hat sich per Abstimmung gegen den Tunnel ausgesprochen. Und Ministerpräsident Peter Müller hat Mitte Juni im Ratshausfestsaal den verräterischen Satz gesagt, dass die gedeihliche Entwicklung Saarbrückens „nicht von ein paar hundert Metern Tunnel abhängt“. Wie Recht der Mann hat. Aber die CDU-Stadtratsfraktion, sonst stets laut finanzpolitische Kompetenz reklamierend, will einfach nicht klug werden, hechelt dem Tunnelprojekt hinterher, klammert sich ebenso wie SPD, Grüne und Die Linke an das neue Verschiebedatum 2013. Auch das hatte Müller in den Raum gestellt und dabei vernebelnd orakelt, dass frühestens 2013 oder auch 2014 oder noch später über den Tunnel entschieden werde. Klingt das nicht schon ein wenig nach Beerdigung erster Klasse?



Friedhelm Fiedler
Fraktionsvorsitzender

Die FDP-Stadtratsfraktion fordert ohne Wenn und Aber ein Ende der unsäglichen Tunnelpläne. Wir wollen einen Plan B, der unter anderem eine Komplettrenovierung des rechten Saarufers vom Bürgerpark bis zum Osthafen beinhaltet. Und wir fordern zudem eine nachhaltige optische Auffrischung des linken Saarufers, das schließlich mit dem neuen rechten Ufer korrespondieren muss. Obendrein verlangen wir, dass alles technisch Mögliche unternommen wird, um Lärm und Abgase auf der Stadtautobahn weiter zu begrenzen. Und da ist der Stand der Technik heute weiter als uns das die Baudezernentin weismachen will. Aber was machen die anderen Fraktionen? Sie stimmen weiteren hohen Geldausgaben in Millionenhöhe zu – so geschehen in der vergangenen Stadtratssitzung Ende Juni –, die eigentlich nur Sinn machen, wenn man den Tunnel weiterhin bauen will.

Fortsetzung Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Das ist dreist. Denn da wird viel Steuergeld der Saarbrücker Bürgerinnen und Bürger buchstäblich verbrannt, das angesichts der maroden Haushaltslage an anderer Stelle dringend gebraucht würde. Zudem wird, weil man an den Tunnelplänen stur festhält, überflüssigerweise auch Personal gebunden, das ebenfalls Besseres zu tun hätte. Denn in Saarbrücken liegt vieles im Argen.

Statt die Steuer- und Abgabenschraube immer fester anzuziehen, sollte endlich die volle Konzentration darauf verwendet werden, wie in Saarbrücken mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die Einnahmeseite muss mittelfristig deutlich verbessert werden. Und das geschieht nur, wenn sich neue Firmen ansiedeln und alte Unternehmen Lust auf Expansion bekommen. Und dazu bedarf es attraktiver Rahmenbedingungen und eines insgesamt guten Stadtklimas, nach dem Motto: Wie gehe ich mit denen besser um, die mir Geld in die Kasse bringen und die Arbeitsplätze schaffen? Das verlangt eine durchdachte Strategie und ist nicht mit billigen Formeln zu haben. Warum zum Beispiel hinkt die Ansiedlung auf dem Gelände des Euro-Bahnhofs weit hinter den ursprünglichen Planungen hinterher? Ist nicht Frau Britz auch Auf-

sichtsratschefin der städtischen Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH, abgekürzt GIU? Aber sie scheint lieber Seehunde im neuen Becken des Saarbrücker Zoos zu küssen, wie uns Medienberichte und Fotos das transportiert haben. Soviel zum Thema Vermenschlichung eines schwimmenden Beutegreifers.

Neue Arbeitsplätze sind aber noch aus einem anderen Grund zwingend. Saarbrücken blutet aus, auch im Saarland gewinnt der Bevölkerungsschwund alarmierend an Fahrt. Wo bleibt das Konzept der Stadtverwaltung, etwas dagegen zu unternehmen? Und wo bleiben die Überlegungen, mit denen wir uns stärker um die Entwicklung der Potenziale etwa von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt und deren Kinder kümmern? Das gilt auch für Hartz-IV-Empfänger und deren Familien. Wenn wir schon weniger zu werden drohen, dann müssen die vorhandenen Potenziale schneller und produktiver entwickelt werden. Denn wir können uns die dringend benötigten Arbeitskräfte der Zukunft nicht schnitzen. Und das Saarland ist nun mal im Reigen der übrigen 15 Bundesländer aus der Draufsicht von außen nicht besonders attraktiv. Leider. Auch belegt die jüngste Bil-

dungsstudie, wie mies es um die Bildungsqualität an unseren Schulen – auch in Saarbrücken – bestellt ist. Locket das etwa junge Arbeitnehmer und Familien aus Bayern oder Baden-Württemberg in den Westzipfel der Republik, in die Landeshauptstadt? Und meinen wir wirklich, dass die schulpolitische Insellösung mit dem geplanten 5. Grundschuljahr für Familien mit Kindern in anderen Bundesländern verlockend und nicht bremsend wirkt, wenn es um die Frage geht, den Arbeitsplatzstandort zu wechseln? Uns fehlt es an allen Ecken und Enden an Profil – das trifft auch auf die Universität zu, die in Saarbrücken und Homburg zu Hause ist. Wir brauchen endlich ein schärferes Profil dieser Universität, in dessen Mittelpunkt auch die Frage beantwortet werden muss: Wie stehen die Ausgaben des Landes in Relation zum Nutzen für das Land durch diese Universität? Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage ist diese Fragestellung zwingend. Auch mit Blick auf die Stadt Saarbrücken.

FRIEDHELM FIEDLER,
VORSITZENDR DER FDP-FRAKTION
IM STADTRAT VON SAARBRÜCKEN



LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,

schon mehrmals bin ich in meinen Kolumnen im **Journal Liberal** auf den Zustand und die Situation der Kultur in unserer Heimatstadt und im Saarland eingegangen. Während ich im Herbst 2008 gefragt habe „Wie viel Kultur braucht unser Land?“ habe ich 2009 zum Jahreswechsel mehr Raum für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kunst eingefordert.

Letzteres – mehr Raum für Kunst – ist nunmehr gegeben. Zwar nicht in der sicherlich wünschens- und erstrebenswerten Form von zusätzlichen Ausstellungsräumen oder mehr finanziellen Spielräumen im städtischen Haushalt, aber in der öffentlichen Wahrnehmung hat in diesem Jahr die Kunst mehr Raum eingenommen.

Denn zum Jahresanfang startete die städtische Kampagne „Kunstraum Saarbrücken“. Sicherlich erinnern Sie sich noch an die spektakulären Plakate, die im Februar und März den

öffentlichen Straßenraum in ein buntes Farbenmeer verwandelt haben. Doch nicht nur im Straßenraum sorgen sie für Farbenpracht, sondern auch in vielen Geschäften und Büros und sogar in einigen privaten Wohnzimmern, denn die Plakate haben so viele Menschen begeistert, dass mittlerweile mehrere Sonderauflagen gedruckt wurden.

Auch der handliche und informative Flyer, dessen zweite Auflage im Juni erscheinen wird, wird einigen von Ihnen bekannt sein. Und sicherlich haben auch einige schon die Internetseite www.kunstraum.saarbruecken.de angeklickt oder bewusst die eine oder andere Veranstaltung besucht.

Letzteres würde ich Ihnen sehr empfehlen, denn die künstlerische Szene muss sich nicht gegenüber der jeweiligen Szene aus den großen Kulturmetropolen verstecken. So laden das Saarlandmuseum, die Stadtgalerie, das saarländische Künstlerhaus, das KuBa, die kleinen Galerien und die geöffneten Künstlerateliers (z.B. am Tag der Bildenden Kunst am

26.9.2010) zum Besuchen und Verweilen ein. Es lohnt sich wirklich, der Kunst ein wenig mehr Raum im eigenen Leben zu widmen. Nehmen Sie sich doch einfach mal ein wenig Zeit und besuchen die eine oder andere Vernissage. Ebenfalls freuen sich unsere Künstler in ihrem Atelier oder bei einem moderierten Künstlergespräch auf den Diskurs mit Ihnen. Oder kommen Sie mit dem einen oder anderen Galeristen unverbindlich ins Gespräch.

Ich würde mich jedenfalls sehr freuen, wenn Sie in Ihrem Leben der Kunst mehr Raum geben würden.

ERIK SCHRADER



Erik Schrader
Dezernent für
Bildung, Kultur
und Wissenschaft

FDP Saarbrücken fordert eine Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung im Großraum Saarbrücken muss dringend neu geordnet werden. Laut einem Sachstandsbericht des zuständigen Dezernenten Raimund Hirschfelder in der Landeshauptstadt sind die Ressourcen für Gewerbeflächen in Saarbrücken begrenzt, ansiedlungswillige Unternehmen werden deshalb bereits an die umliegenden Gemeinden vermittelt. Zudem wird in diesem wichtigen Bereich kaum Geld investiert.

Laut diesem Sachstandsbericht liegt der Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung darin, Investitionen in der Landeshauptstadt zu tätigen.

Dies ist zwar ein wichtiger Teilaspekt, ist aber nicht ausreichend für eine vernünftige Wirtschaftsförderung in Saarbrücken. Wir brauchen für den Wirtschaftsraum der Landeshauptstadt eine offensive Vermarktungsstrategie, mit der für Saarbrücken als Wirtschaftsstandort überzeugend und weitreichend geworben wird. Dafür müssen wir die Wirtschaftsförderung neu ordnen und auch mit finanziellen Mitteln ausstatten.

Auf Anregung der FDP-Fraktion im Haupt- und Wirtschaftsausschuss der Landeshauptstadt Saarbrücken hat Dezernent Raimund Hirschfelder bereits angekündigt, dass er Modelle ausarbeiten und anschließend vorstellen wird, mit denen die Wirtschaftsförderung im Großraum

Saarbrücken neu aufgestellt werden könnte. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass eine pragmatische Lösung gefunden werden muss, in der die umliegenden Gemeinden, die laut Dezernent Hirschfelder über ausreichende Kapazitäten an Gewerbeflächen verfügen, mit eingebunden werden. Da viele Gemeinden gar keine eigene Wirtschaftsförderung betreiben bzw. die Wirtschaftsförderung sich auf die Kontakte des jeweiligen Bürgermeisters beschränkt, könnte Saarbrücken als Landeshauptstadt hier die Führungsfunktion übernehmen. Dadurch, dass letztlich alle in der Region von der Ansiedlung von Unternehmen profitieren, könnte man die Wirtschaftsförderung auch unter Beteiligung aller Gemeinden mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten.

Auch die benachbarte französische Region könnte mit eingebunden werden.

Wenn eine solche Neuordnung der Wirtschaftsförderung im Großraum Saarbrücken erfolgt ist, müsste das Land auch finanziell seinen Teil dazu beitragen, dass der Großraum Saarbrücken offensiv vermarktet werden kann.

Die Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Saarbrücken liegt vollkommen brach. Ein bisschen hier und da „rumdoktern“, wie es momentan aufgrund fehlender Struktur und finanzieller Kapazitäten geschieht, genügt nicht den Anforderungen dieses Kernthemas kommunaler Politik.



Foto: Matthias-Lohse_pixelio

Eine gut funktionierende Wirtschaftsförderungspolitik ist durch die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen ein wichtiger Schlüssel zur Lösung vieler Problemfelder in unserem Land und der Großraum Saarbrücken ist das Herz des Saarlandes.

RÜDIGER LINSLER



Rüdiger Linsler
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
Wirtschaftspolitischer
Sprecher

Vielfalt



Foto: Dieter-Schütz_pixelio

In den letzten 12 Monaten haben sich etwa 440 Mitbürger unserer Stadt dazu entschlossen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Zu diesem Anlass gab es nun am Dienstag, den 8. Juni im Festsaal des Rathauses eine sehr schöne und gut besuchte Einbürgerungsfeier. Ein festlicher Moment für unsere neuen Staatsbürger und ihre Angehörigen. Die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft kann für viele Migranten ein langer und schwieriger Weg bedeuten, da hierbei nicht immer der Besitz der alten

Staatsbürgerschaft gewährleistet bleibt. All jenen, die diesen Schritt vollzogen haben, möchten wir, die FDP-Stadtratsfraktion, herzlich gratulieren und ihnen alles Gute wünschen.

In meinem kürzlich verbrachten Urlaub durfte ich eine weitere multikulturelle Metropole unserer Welt kennen lernen, nämlich Singapur. Nun kann man vielleicht Saarbrücken mit seinen 175.000 Einwohnern nicht direkt mit einem 4,8 Millionen-Stadt-Staat vergleichen. Ich möchte das aber an dieser Stelle doch ein wenig wagen. Die Einwohner Singapurs bestehen hauptsächlich aus Chinesen, Malayen und Indern, die sehr friedlich zusammen leben, was auch stark von Seiten der Regierung unterstützt wird. In Saarbrücken sind wir durch das starke Engagement des ZIB (Zuwanderungs- und Integrationsbüro), des Integrationsbeirates und vieler Vereine auch auf einem guten Weg. An Singapur kann man gut sehen, dass zu einem friedlichen und gleichberechtigten Zusammenleben keiner seine eigene Kultur aufgeben muss. Wichtig ist einfach, dass sich alle zu dem Land, indem sie leben, bekennen, und sich mit ihm identifizieren

können. Daher begrüßen wir es und freuen uns, wenn eine Migrantin oder ein Migrant, die/der schon lange hier lebt und länger bleiben möchte, letztendlich den Schritt unternimmt und sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheidet. Da die Fertilitätsrate sowohl in Deutschland als auch in Singapur weit unter dem zum Bevölkerungserhalt notwendigen Wert von 2,1 Kindern pro Frau liegt, sind beide auch einfach auf ein gewisses Maß von Zuwanderung angewiesen. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine gute Integration und Chancengerechtigkeit existentiell wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft.

KARSTEN KRÄMER



Karsten Krämer
Sozialpolitischer
Sprecher

Kinderbetreuung – Die Weichen in Richtung Zukunft sind gestellt



Thomas Escher
Schul- und jugend-
politischer Sprecher

Kinderbetreuung ermöglicht Kindern schon vor Schulantritt Bildung, Erziehung und soziale Kompetenz; Kernfähigkeiten, die heute unbedingt notwendig sind. Die Landeshauptstadt Saarbrücken will das Wohl der Kinder sowie deren optimale Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten als wichtige Zukunftsinvestition fördern. Wichtigstes Ziel hierbei ist es, einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und für mehr Toleranz zu leisten. Gleichzeitig sollen Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden.

Ein breites und hochwertiges Betreuungsangebot für Kinder soll dazu beitragen, Familien mehr Wahlfreiheit und Entscheidungsmöglichkeiten zu bieten. Wenn sich beide Elternteile für ein berufliches Fortkommen entscheiden oder auf das gemeinsame Einkommen angewiesen sind, brauchen sie schon frühzeitig eine gute Betreuung für ihre Kinder. Für Alleinerziehende gilt dies in besonderem Maße.

Diese Zielsetzung der LHS aus dem Stadtentwicklungskonzept ist der kommunalpolitische

und bildungspolitische Hintergrund für die Bemühungen, mit Unterstützung im Krippenausbauprogramm der Bundesregierung die quantitative und qualitative Entwicklung des Saarbrücker Bildungsangebotes, vor allem für die Zielgruppe der Kinder unter drei Jahren, mit Nachdruck zu betreiben.

Für Kinder unter drei Jahren steht heute im Bundesdurchschnitt für fast jedes siebte Kind ein Betreuungsplatz zur Verfügung. Bund, Länder und Kommunen haben sich darauf verständigt, die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren bis 2013 auf 750.000 Plätze auszubauen. 70 Prozent der Plätze sollen in Tageseinrichtungen und 30 Prozent in der Kindertagespflege entstehen. Das bedeutet, dass es in ganz Deutschland für jedes dritte Kind in dieser Altersgruppe einen Betreuungsplatz geben wird.

Vor diesem Hintergrund sind für die Ausbauplanung der Landeshauptstadt bis 2013 ca. 200 neue Krippenplätze in städtischer Trägerschaft und 350 Krippenplätze bei freien Trägern vorgesehen. Diese neuen Plätze sollen u. a. durch den Umbau bestehender Einrichtungen in der Bruchwiese (St. Johann) und in Brebach, bzw. den Neubau am Kirchberg (Malstatt) und in

Dudweiler realisiert werden. Die Zahl der Ganztagsplätze soll bedarfsorientiert erhöht werden und die bestehende bauliche Substanz soll erhalten und möglichst den neuen qualitativen Anforderungen angepasst werden. Der Restbedarf in der Größenordnung von nochmals 200 Plätzen soll in Form von Tagespflegelägen sichergestellt werden.

Trotz der desolaten Haushaltssituation sind diese Vorhaben noch nicht von der Streichung betroffen, da man sich der Verantwortung bewusst ist. Viele Investitionen sind jedoch nur dank des Konjunkturpaketes möglich. In der Zukunft benötigt Saarbrücken dringend eine angemessene Finanzausstattung von Bund und Land für alle Aufgaben, die ihr von diesen per Gesetz übertragen wurden.

THOMAS ESCHER



Foto: Claudia-Hautumm_pixelio

Auf der Internetseite der Kinderbetreuungsboerse:

www.kinderbetreuungsboerse-saarbruecken.de/betreuungsangebote

finden Sie alle aktuellen Betreuungsangebote von Regeleinrichtungen in der Landeshauptstadt Saarbrücken und privaten Kinderbetreuungspersonen im Regionalverband Saarbrücken.

Bericht der Dudweiler Bezirksratsfraktion

In den letzten Wochen war das wichtigste Thema für die Stadt Saarbrücken der neu vorzulegende Haushalt. Und wieder einmal hat die Verwaltung ihren Entwurf so kurzfristig in die Gremien geben, dass ein sinnvolles Durcharbeiten unmöglich war, ganz zu schweigen von einem Vergleich einzelner Positionen mit den Ansätzen der vergangenen Jahre.

Denn schon seit längerem wird in dieser Stadt der wichtigste Grundsatz jeglicher Haushaltspolitik, nämlich Haushaltswahrheit und Haushaltsgerechtigkeit, mit Füßen getreten.

In den vergangenen Jahren war bei den Haushaltsberatungen die wichtigste Aufgabe für den Bezirksrat Dudweiler, die Angriffe der Oberbürgermeisterin gegen den Sonderstatus von Dudweiler abzuwehren. Und bei diesem Thema sind sich alle Fraktionen des Bezirksrates einig und alle Abstimmungen diesbezüglich liefern einstimmige Ergebnisse. Denn eines

wissen alle Parteien: Bürgernähe darf kein Schlagwort für Wahlkämpfe sein, sie muss gelebt werden.

Woher der Hass von Frau Britz gegen Dudweiler kommt, weiß hier niemand – aber es gibt ihn und deshalb ist sie auch keinen Argumenten zugänglich.

Immerhin hat die Stadtverwaltung in den letzten Tagen ja bereits erkannt, dass eine Auflösung des Sonderstatus Dudweiler vor 2013 rechtlich nicht möglich ist. Dass die Verwaltung im Stadtbezirk Dudweiler effektiver und sparsamer arbeitet als die Zentralverwaltung, wurde schon vor Jahren im Hesse-Gutachten festgestellt. Und das ist auch der Grund, warum es für alle Vorgänger von Frau Britz eine Selbstverständlichkeit war, den Sonderstatus unangetastet zu lassen.

Die Phantasiezahlen, die das Gutachten von Rödel und Partner für eine Auflösung nennt,

sind nicht nachzuvollziehen – und das ist wohl auch der Grund, weshalb die Stadtverwaltung das Gutachten unter Verschluss hält – zumindest den Bezirksräten gegenüber.

Dudweiler hofft, dass 2013 ein Oberbürgermeister oder eine Oberbürgermeisterin gewählt ist, der oder die das Thema mit Sachlichkeit und nicht mit Emotionen angeht.

GERD KIEFER



Gerd Kiefer
Fraktionsvorsitzender

FDP für schrittweise Einführung eines kostenlosen Mittagessens an Ganztagsgrundschulen



Ana Isabel Klumpp
Sport-, gesundheits-
sowie umweltpolitische
Sprecherin

Am 29. Juni wurde meines Erachtens einer der wegweisenden Beschlüsse der jetzigen Stadt-ratsperiode gefällt.

Der Stadtrat hat mit den Stimmen der Koalition und der FDP die schrittweise Einführung eines kostenlosen Mittagessens an Ganztagsgrund-schulen in Saarbrücken beschlossen.

Ein Schlagwort – ein Angstbegriff – unserer Gesellschaft heute ist der demographische Wandel.

Die Menschen werden immer älter. Immer weniger junge Menschen müssen in Zukunft in der Lage sein, mit ihrer Arbeit und ihren Steuern für die Versorgung der älteren Bevölkerung (das sind dann übrigens wir, die jetzige mittlere Generation) aufkommen und die Infrastruktur unserer Städte aufrecht erhalten.

Was ist also wichtiger, als die nachwachsende Generation, die jetzigen Kinder, mit allen Kräften in den Stand zu versetzen, später leistungs-fähige und sozial verantwortliche Bürger zu werden?

Nach meiner tiefen Überzeugung ist das Grund-schulmodell, das dazu am besten geeignet ist, das Modell der Ganztagsgrundschule mit einem für alle dazugehörigen kostenfreien Mittagessens. Das Essen muss Teil des gemeinsamen Alltages sein. Die Kinder arbeiten zusammen, essen gemeinsam an einem Tisch, unterhalten sich dabei. Nachmittags werden die Aufgaben gemacht. Im Übrigen spielen sie und nehmen Nachmittagsangebote wahr. Abends kommen die Kinder nach Hause, haben einen gemein-schaftlichen Schultag gehabt, sind gleichmäßig ordentlich versorgt gewesen und haben ihre

Schulaufgaben gemacht. Der Abend gehört der Familie. Die Kinder haben das Erlebnis, dass ihre Welt behütet ist, und zwar bei ihnen selbst und auch bei den Schulkameraden.

Das Familienbild, mit dem wir noch überwie-gend aufgewachsen sind, hatte getragen: Die Mutter ist zuhause, die Kinder kommen nach der Schule heim, es gibt ein warmes Mittagessens zusammen mit den Geschwistern, Aufga-ben werden gemacht, auch unter Betreuung der Mutter, dann geht es raus zum Spielen oder zu Sport oder Musikunterricht.

Dieses Bild entspricht heute in zu vielen Fällen nicht mehr der Wirklichkeit. Davor darf man die Augen nicht verschließen:

Es gibt die alleinerziehenden Mütter oder Väter; **Stichwort:** Mittagessen, Nachmittagsbetre-ung

es gibt Kinder aus Familien mit Migrationshin-tergrund; **Stichwort:** Sprachliche und kulturelle Integration

es gibt Kinder aus Familien, wo sich nicht richtig gekümmert wird; **Stichwort:** Mittagessen, sozi-ales Auffangen

es gibt viele Einzelkinder; **Stichwort:** Gemein-schaftlicher Alltag mit gleichaltrigen Kindern
Die Kinder haben es nach meinem Dafürhalten

heute sowieso schwerer als frühere Kinderge-nerationen. Die Leistungsanforderungen sind vielfältig. Früh schon entscheidet sich dann, wer welchen schulischen und beruflichen Weg schaffen kann oder nicht.

Vor diesem Hintergrund ist es ein ganz kleiner Anfang, jetzt das kostenfreie Mittagessen für alle Ganztagsgrundschul-kinder in zwei Saarbrücker Schulen zu beginnen. Ausgewählt wurden die Grundschule Folsterhöhe und die Weyersbergschule in Burbach. Die beiden Schu-len eignen sich wegen der vorhandenen Räumlichkeiten, wegen ihrer verschiedenen Größe besonders für den Anfang. Weitere Schu-len sollen – nach den Möglichkeiten – folgen. So können wir Chancengerechtigkeit bei den Kindern herstellen und geben unserer Gesell-schaft die Chance, die zukünftigen Aufgaben auf viele junge Menschen, die dann unsere Leistungsträger sind, zu übertragen.

Der Antrag zeigt auch, dass der Stadtrat sich sehr ernsthaft um eine tragfähige Lösung bemüht hat. Es ist ein Antrag, der Wünsche der FDP berücksichtigt, obwohl die Koalition auf die Stimmen der FDP nicht angewiesen ist.

ANA ISABEL KLUMPP



Fotos: Siegfried-Fries_pixelio, Dieter-Schütz_pixelio

Schließung des Café Exodus unvorstellbar

In der Sitzung vom 29. Juni 2010 beschloss der Rat der Landeshauptstadt Saarbrücken eine Resolution zum Erhalt des Café Exodus.

Für das vorbildliche und beliebte Café Exodus in Saarbrücken sollen die Sparpläne des Bistums Trier in Höhe von 40 Mio. Euro das Aus bedeuten. Das Café Exodus ist nicht nur ein einzigartiges, lebendiges Café für die Jugendkultur im Regionalverband, sondern bietet Jugendlichen die Möglichkeit, aktiv zu werden und „ihren“ Jugendtreff in Mitverantwortung zu gestalten. Neben der Durchführung der internationalen Wochen gegen Rassismus, Jugendbegegnungen gehören unter anderem die Förderung von Nachwuchsbands, die Film- und Theaterarbeit zu den Angeboten des Jugendtreffs. Alles Angebote, welche die Jugendlichen motivieren, ihre Freizeit selbst zu gestalten, eigene Interessen zu erkennen und sich in Kirche und Gesellschaft einzubringen.

Vor diesem Hintergrund fordert die Landeshauptstadt das Bistum auf, seine Entscheidung zu überdenken.

REDAKTION



Bürgermeister Ralf Latz ignoriert erst kürzlich gefassten Stadtratsbeschluss: Gerberplatz ist bald eine weitere Einnahmequelle für Q-Park

Die FDP-Stadtratsfraktion Saarbrücken ist verwundert über den Vorstoß von Bürgermeister Ralf Latz, den Gerberplatz an Q-Park zu verpachten.

Der Stadtrat von Saarbrücken hat auf Antrag der FDP-Fraktion in seiner Sitzung am 06. Oktober 2009 mit großer Mehrheit beschlossen, dass die Landeshauptstadt keine weiteren städtischen Parkflächen mehr an Q-Park verpachten wird. In der Stadtratssitzung vom 29.06.2010 ließ Latz nun über eine Verwaltungsvorlage abstimmen, die ein umfassendes Paket mit Verhandlungsergebnissen beinhaltet, unter anderem die Verpachtung des Gerberplatzes an Q-Park. Unter Ablehnung der FDP-Fraktion wurde dieser Antrag von Rot-Rot-Grün beschlossen.

Nicht nur, dass der Bürgermeister damit den erst kürzlich gefassten – von ihm als Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion noch mitgetragenen – Stadtratsbeschluss missachtet und gleich wieder kippen will. Es werden erneut 120 Parkplätze wegfallen, die momentan Anwohnerparkplätze sind und nach 20 Uhr kostenfrei von Besuchern der LHS genutzt werden können. Zwar ist es zu begrüßen, dass die An-

wohner ohne Mehrkosten auf das Parkhaus „Am Rathaus“ ausweichen können, aber der Gastronomie am Markt, die auf die abendlichen Gäste angewiesen ist, ist damit nicht geholfen. Denn eines ist in dieser Stadt sicher: Bei Q-Park wird rund um die Uhr, nämlich 24 Stunden, gezahlt!

So werden in Saarbrücken durch Rot-Rot-Grün systematisch kostenfreie Parkplätze vernichtet und damit der Attraktivität unserer Innenstadt geschadet!



GUTSCHEIN

für 1 Tasse Café und
1 Stück Kuchen
in der Geschäftsstelle
der FDP-Stadtratsfraktion

Wir freuen uns auf Sie!



IMPRESSUM

Herausgeber:
FDP Stadtratsfraktion
V.i.S.d.P.: Friedhelm Fiedler,
Fraktionsvorsitzender,
Redaktion: Melanie Klein,

FDP-Fraktion, Rathaus-Carrée,
66104 Saarbrücken,
Mail: fdp-fraktion@saarbruecken.de

Satz: Sandra Frey, sandra.frey@live.de

Fotos: Becker & Bredel, Wolfgang Klauke,
www.pixelio.de, www.aboutpixel.de

Druck:
reha gmbh, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken